Abend-Ausgabe. Nr. 508. Berlin, Sonnabend, den 29. Oktober 1892.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland.

Nr. 508. Abend-Ausgabe. Berlin, Sonnabend, den 29. Oktober 1892.

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne Nr. wird mit 10 Pfennig berechnet.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Kröneckgräber-Straße Nr. 15, und die bekannten Spediteure. Inserrtionen-Gebühr für den Raum einer sechsspaltigen Petitzeile 40 Pfennig.

Für die Monate November und Dezember beträgt der Bezugspreis für die „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung" für Berlin 5 Mk., mit Botenlohn 5,65 Mk., für das deutsche Reich und Oesterreich 6 Mk. Alle Post-Anstalten und Zeitungs-Spediteure nehmen Bestellungen entgegen.

Nach Ablauf des ersten Monats im Vierteljahr werden stets Bestellungen auf zwei Monate, nach Ablauf des zweiten Monats im Vierteljahr Bestellungen auf einen Monat angenommen.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Paris, 29. Oktober. (W. T. B.) Von den Arbeitern ist für heute auf der Place de la Concorde eine Kundgebung gegen die Stellenvermittlungs-Bureaus geplant. Die Polizei hat infolge dessen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung nöthigen Maßregeln getroffen.

Carmaux, 29. Oktober. (O. B. H.) Der sozialistische Deputirte Lafargue traf hier ein, von den Ausständigen jubelnd empfangen. Clemenceau, Pelletan und Millerand treffen heute ein.

London, 29. Oktober. (H. T. B.) Anläßlich der Verhandlung gegen den Anarchisten François ist eine beträchtliche Polizeimacht aufgeboten worden, weil die Behörden Drohbriefe erhalten haben, worin gesagt wird, daß die Anarchisten das Tribunal sprengen und die Richter summarisch exekutiren würden, für den Fall, daß François ausgeliefert werden würde.

Sevilla, 29. Oktober. (W. T. B.) Zu Befinden des Königs schreitet die Besserung fort. Der Hof dürfte daher im Laufe der nächsten Woche nach Granada übersiedeln.

Christiania, 28. Oktober. (W. T. B.) Der Kriegsminister hat das Armee- und Marinekommando ersucht, die nicht mehr feldtauglichen Offiziere namhaft zu machen. Dieselben sollen verabschiedet werden, da Norwegen bis jetzt noch kein Pensionsgesetz mit einer Altersgrenze hat. Die verlautet, ist ein solches Gesetz in Ausarbeitung.

Bukarest, 29. Oktober. (H. T. B.) Der Ministerrath hat beschlossen, der Kammer, bei ihrem Zusammentritt ein Grünbuch über die Angelegenheit Zappa vorzulegen.

Die „Alten" und die „Neuen".

Auf unsere Bemerkungen über die Vorschläge des Kaplans Dr Oberdörffer in Köln a. Rh. zur Neugestaltung der Berufsstände erwidert die „Nat.-Zeitung" folgendermaßen:

„Wir glauben kaum, daß sich ein Sturm der Entrüstung erheben würde (falls die „Kreuzzeitung" Aehnliches verbrächte); denn, Phantasieen nimmt niemand ernst, gleichviel, ob sie von einem klerikalen Kaplan, oder von der „Kreuzzeitung" vorgebracht werden. . . ."

Das ist die Art, wie der politisch verkrachterte Liberalismus alles behandelt, was nur von fern darauf weist, daß die gegenwärtigen Institutionen unseres öffentlichen Lebens ebenso wenig unveränderlich bleiben können, als sie es in früheren Zeitabschnitten geblieben sind. Eine weitgehende Bedeutung legen wir den Vorschlägen des Kaplans Oberdörffer zunächst nicht bei; denn daß sich derartig tiefeinschneidende Umwandlungen nicht im Nu vollziehen können, liegt auf der Hand. Aber ein Zeichen der Zeit sind sie eben doch. Wer sich ein wenig im Leben selber umsieht, kann täglich hören, daß insbesondere das junge Geschlecht dieser Tage, soweit es sich um politische Dinge kümmert, von den gegenwärtig herrschenden parlamentarischen Formen eine sehr geringe Meinung hat und darauf nicht den mindesten Hehl macht, ohne freilich viel darüber nachzudenken, was denn an die Stelle des status quo gesetzt werden könnte. Diesen Verlauf nehmen die Dinge aber stets, wenn und wo sich neue Entwickelungen anbahnen. Gilt kommt der Nebendmann ans Alter, dann sucht man sich ein Bild von dem zu machen, was werden soll. Daß dabei im Einzelnen manches Verkehrte und Unausführbare vertreten wird, versteht sich von selbst. Die Einzelheiten lassen wir deshalb auch ganz bei Seite, das Schwergewicht ist anderswo zu suchen. Die „Nat.-Ztg" macht es unmöglich; sie erklärt diese Einzelheiten, d. h. die von uns ernsthaften Vorschläge des Kaplans Oberdörffer, für viel interessanter als seine abzählige Verurtheilung des heutigen Parlamentarismus im allgemeinen, und sucht daraus einen parteipolitischen Trick zu drehen, indem sie die Entdeckung macht, daß Kaplan Oberdörffer an der „Volksuniversität" zu München-Gladbach so „sozialistisch" lehre, als er es überhaupt nur könne, ohne sich unmittelbar zum sozialistischen Zukunftsstaate zu bekennen."

Bemerkenswerth findet sie es dabei, daß der Vorsteher dieser Lehren einer der „zeitigen Leiter des katholischen Gesellenvereins" sei und sagt zum Schluß: „Natürlich aber bleibt trotzalledem das Zentrum das mächtigste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie — in den Darstellungen der mit der Reklame für die Partei bekannten Redner und Zeitungen u. s. w."

Wir haben nicht die Aufgabe, das Zentrum gegen diese Angriffe zu vertheidigen; das aber wollen wir der „Nat.-Zeitung" denn doch sagen, daß sie hier wieder einmal „sozialistisch" mit „sozialdemokratisch" verwechselt. Die heutige Sozialdemokratie ist eine Partei, bei der das sozialistische Moment gegen das demokratische, d. h. in diesem Falle, radikal-revolutionäre völlig ausmüdet. Wäre es anders, so ließe sich mit ihr über das Maß ihrer sozialistischen Forderungen verhandeln; auf dem Wege des hier unternommenen Kompromisses könnten und würden die übertriebenen sozialistischen Forderungen in vernünftig soziale abgemildert werden, wie wir sie im Auge haben und wie sie das Zentrum als parlamentarische Partei ebenso vertritt. Die Sozialdemokratie verhält sich aber schlechthin ablehnend gegen alles, was einem Versuche zur Neuordnung der Gesellschaft ähnlich sieht, und stellt deshalb in ihrer heutigen Verfassung nur ein Moment der Zersetzung dar. In diesem Sinne müßte jede nicht vom Parteihasse lebende Richtung es willkommen heißen, wenn ihr positive Ideen entgegen treten, deren Verwirklichung ihn besonderen, wie gesagt, eine offene Frage bleibt. Solche Ideen erörtern, heißt sie noch nicht theilen. Die Arbeiterwelt wird damit noch nicht revolutionär erregt, sondern auf das Gebiet gehoben, auf dem ihr eigentliches Interesse liegt — das „sozialpolitische", im Gegensatze zum radikal — d. h. formalpolitischen, auf dem sie sich heute fast ausschließlich tummelt. Daß sich auch daraus viele Unbequemlichkeiten und selbst manches Bedenkliche ergeben können, ist gewiß. Wie will man dem unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts oder überhaupt auch dem Wege gehen? Der Streit um politische Fragen ist da immer noch das kleinere Uebel, wäre es auch nur, weil er das gegnerische Lager trennt, während die bloße Negation es leicht einig findet. Diese Meinungsverschiedenheiten wirken ganz von selbst als aufhaltendes Moment. Das haben wir unter anderem bei der Durchberathung der Arbeiterschutzgesetze gesehen, die schließlich nichts weniger als radikal umgestaltet sind. Auf dem eigentlich politischen Gebiete werden sich diese „Entwickelungskämpfe" noch viel schwieriger und langwieriger gestalten. Die liberale Presse hat also gar keinen wirklichen Grund „Räuber und Mörder" zu schreien, weil ein rheinischer Sozialpolitiker mit Verschlägen kommt, die ihrer Zeit theils vorausseien, theils vielleicht sich überhaupt nicht verwirklichen lassen mögen.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* **Berlin**, 29. Oktober. Die früher von uns ausgesprochene Vermuthung, daß Korvetten-Kapitän Rüdiger überhaupt keine Neigung hat, nach Ostafrika zurückzukehren und eine Stellung im Kolonialdienst anzunehmen, wird jetzt noch besonders bestätigt. Da außerdem der Rücktritt des Gouverneurs Frhrn. v. Soden, wahrscheinlich vom 1. April 1893 an als zweifellos angesehen werden kann, so würde in der Leitung der Verwaltungs-Angelegenheiten der Kolonie eine einschneidende Lücke eintreten. Dadurch wird die Kommandirung des Oberst-Lieutenants Frhrn. v. Schele zum Stellvertreter des Gouverneurs auf sechs Monate zunächst erklärlich, und es ist selbstverständlich, daß die Vermuthung entstand, er werde später, nachdem er sich eingearbeitet habe, zum Gouverneur ernannt werden. Unter dieser Annahme erkennt man, daß an die Stelle der im April 1891 eingerichteten sogenannten Zivilverwaltung eine Militär-Verwaltung treten soll. Dieser Gedanke scheint bei den nöthigen Erwägungen so verherrschend zu sein, daß die Behörde einen Zivilvorsitzer dahin sendet, der bisher afrikanischen Boden noch nicht betreten hat. Hinzuschließen kann man den Entschluß in dieser Sache nicht, da nur wenig Zeit noch vorhanden ist, wenn der neue Beamte sich eingewöhnen mit den Dingen und Personen in Ostafrika vertraut machen will. Frhr. v. Schele wird sich schon am 23. November von Neapel aus mit dem deutschen Dampfer „Admiral" nach Ostafrika begeben.

Der Oberst-Lieutenant Frhr. v. Schele ist einer Angabe der „Köln. Ztg" zufolge jetzt 45 Jahre alt, erfreut sich einer kräftigen Gesundheit und war zuletzt Chef der Kavallerie-Abtheilung im Kriegsministerium. Vom Kadettenkorps trat er als Offizier in das Magdeburgische Dragoner-Regiment Nr. 6 und war als solcher Ordonanz-Offizier beim General Frhrn. v. Manteuffel im Feldzuge von 1866. Nach dem Kriege kam er in das 3. Garde-Ulanen-Regiment und wurde 1870 Ordonnanz-Offizier beim Prinzen Albrecht (Sohn). Im Jahre 1876 erfolgte seine Versetzung in das 16. Dragoner-Regiment als Schwadronschef, nachdem er vorher eine Zeit lang Adjutant der 1. Garde-Kavallerie-Brigade gewesen. Von 1879 bis 1886 war er persönlicher Adjutant des Prinzen Albrecht, später etatsmäßiger Stabsoffizier im 3. und dann Kommandeur des 7. Ulanen-Regiments. Seit 1891 bekleidet er seine jetzige Stellung als Abtheilungschef im Kriegsministerium.

Se. Maj. der Kaiser und König wird von den Jagden in Liebenberg auf dem hiesigen Stettiner Bahnhofe heute Abend 9 Uhr 20 Minuten eintreffen, wo ein kurzer Aufenthalt genommen werden wird. Dort werden Se. K. H. der Kronprinz von Schweden und Se. K. H. der Herzog von York Se. Maj. den Kaiser und König begrüßen und denselben im Kaiserlichen Sonderzuge nach Potsdam begleiten, wo sie für die Dauer ihres Besuches am hiesigen Hofe Wohnung im Neuen Palais nehmen. Abends 10 Uhr 22 Min. trifft der Kaiser mit seinen erlauchten Gästen auf der Wildparkstation ein, um sich von die Weiterfahrt zu Wagen nach dem Neuen Palais erfolgt.

— Ihre Maj. die Kaiserin und Königin empfing gestern Nachmittag 1 Uhr im Neuen Palais die Gemahlin des bisherigen Botschafters Oesterreich-Ungarns am hiesigen Hofe, Gräfin Stockhorn, vor deren Abreise von Berlin in längerer Abschieds-Audienz und brachte dieselbe demnächst auch mit einer Einladung zur Tafel.

— Se. K. H. der Prinz Heinrich wird aus Kiel morgen hier eintreffen, um die Kaiserlichen Majestäten am Montag nach Wittenberg zu begleiten.

— Se. K. H. der Prinz Albrecht, Regent von Braunschweig, wird dem Vernehmen nach am Sonntag aus Braunschweig hier eintreffen, um am Montag früh Se. Maj. den Kaiser mit dem Großherzog von Hessen, dem Kronprinzen von Schweden und dem Herzog von York zur Feistelier nach Wittenberg zu begleiten.

— Se. K. H. der Großherzog von Hessen wird in Begleitung des General-Lieutenants und General-Adjutanten Weyrach morgen Abend 6 Uhr 42 Min. auf der Station Wildpark eintreffen, um im Neuen Palais zu übernachten und am nächsten Morgen Se. Maj. den Kaiser und König zur Kirchenfeier nach Wittenberg zu begleiten. Von dort kehrt der Großherzog am Abend desselben Tages zunächst mit dem Kaiser nach dem Neuen Palais zurück.

— Se. K. H. der Kronprinz von Schweden, welcher den König von Schweden bei den Kirchenfeierlichkeiten in Wittenberg vertritt und heute Abend auf der Stettiner Bahn aus Stockholm hier eintrifft, wird vom Hofmarschall v. Wennersberg und dem Ordonnanz-Offizier Rittmeister v. Platen auf seiner Reise begleitet sein.

— Se. K. H. der Herzog von York trifft heute Abend 5 Uhr 35 Minuten auf Bahnhof Friedrichstraße in Berlin ein und wird daselbst bei seiner Ankunft von England vom erbprinzlichen Hofmarschall Sir Edward Malet und den Mitgliedern der englischen Botschaft empfangen und nach dem Bahnhofe Potsdam in der Wilhelmstraße geleitet, wo das Diner stattfindet.

— Der Fürst und die Fürstin zu Carolath-Beuthen haben nach 6wöchentlichem Aufenthalte Berlin wieder verlassen und sind nach Carolath zurückgekehrt.

— Der Fürst zu Lobenlohe-Langenburg hat sich nach mehrtägigem Aufenthalte gestern nach Langenburg zurückgekehrt.

— Der Fürst Eichenowski ist heute aus Rudolstadt hier eingetroffen und im Hotel Kontinental abgestiegen.

— Die Gemahlin des bisherigen Botschafters Oesterreich-Ungarns am hiesigen Hofe, Gräfin Stockhorn, begab sich gestern Nachmittag, von den Ehrengarde des 3. Maj. der Kaiser und Königin im Neuen Palais, wo dem zu Ehren in Zug 6 der Prinzessin Friedrich Leopold, um sich bei ihrer Abreise von Berlin auf Zanzibar-Gebiete zu verabschieden. Von dort kehrte die Frau Gräfin nach Berlin zurück.

— Der General-Lieutenant v. Hellfeld, Kommandeur der 1. Garde-Infanterie-Division, ist hierher zurückgekehrt. — Der General-Major Frhr. v. Wilcken, Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Brigade, ist nach Berlin zurückgekehrt und hat Potsdam verlassen. — Der Kommandant von Helgoland, Kontre-Admiral Meckina, der Major Graf v. Pfeil, Bataillons-Kommandeur im Grenadier-Regiment Kaiserin Friedrich Wilhelm (2. schlesisches) Nr. 11, und der Major v. Sanden, Bataillons-Kommandeur im 4. Brandenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 24, sind hierher zurückgekehrt. — Der General-Major Paulus, Inspekteur-Chef im Kriegsministerium, der Major v. Alvensleben, à la suite des Infanterie-Regiments General-Feldmarschall Prinz Friedrich Karl von Preußen (8. brandenburgisches) Nr. 64, und der Major Rohrscheidt des Garde-Grenadier-Regiments Königin Elisabeth (4. rheinisches) Nr. 30, sind hierher zurückgekehrt. — Der Oberst v. Garnier, Kommandeur des 1. kurmärkischen Infanterie-Regiments Nr. 15, hat Berlin und beziehentlich Urlaub wieder verlassen. — Der Chef des Generalstabes des Gardekorps, Oberst-Lieutenant v. Winterfeldt, ist mit Urlaub nach Schloß Blank, der Major v. Demitz vom Leib-Garde-Husaren-Regiment und Adjutant bei der Garde-Kavallerie-Division nach Karlsruhe gereist.

— Der Vertreter des Königs von Spanien bei den Taufeierlichkeiten im Neuen Palais, Graf v. Vrayère, Attaché bei der spanischen Botschaft in Paris, hat gestern Berlin wieder verlassen und sich auf seinen Posten nach Paris zurückgegeben.

— Der Vertreter der Königin-Regentin der Niederlande bei der kirchlichen Feier in Wittenberg, der niederländische Oberhofmarschall Baron von Hardenbroek van Bergamshuis, traf heute Mittag aus Bad Haag hier ein und nahm bei seiner Weiterreise nach Wittenberg im Hotel „Reichshof" Wohnung.

— Zu Königlichen Regierungs-Baumeistern sind ernannt: die Regierungs-Bauführer Paul Gerhardt aus Schmiedewalde, Max Bürstenbinder aus Hamburg und Ernst Friedheim aus Gnesenmühlen in Mecklenburg (Hechdurchsch).

Wittenberger Festfeier.

✠ Die Nachricht verschiedener Zeitungen, daß das geschnitzte Altar-Kruzifix für die Schloßkirche vom Ministerium der Geistlichen Arbeiten gefunden sei, ist unrichtig; es ist vielmehr vom Kultusministerium dargebracht, wie das auch in unserer Beschreibung der erneuerten Schloßkirche angegeben war.

Karlsruhe, 27. Oktober. Die „Karlsruher Ztg." bringt folgende Mittheilung: Der Großherzog hat leider darauf verzichten müssen, der Kaiserlichen Einladung zur Einweihung der wiederhergestellten Schloßkirche in Wittenberg zu folgen. Derselbe hat in einem Schreiben an den Kaiser seiner Entschuldigung und seinem Bedauern Ausdruck verliehen und zugleich gebeten, den Erbgroßherzog als seinen Vertreter bei der Feier freundlich aufnehmen zu wollen. Der Erbgroßherzog wird die Reise nach Wittenberg voraussichtlich am 30. d. M. unternehmen.

Gotha, 26. Oktober. Mit Genehmigung des Herzogs ist vom Staatsministerium anzeigen werden, daß am nächsten Sonntag, den 30. d. M. in sämmtlichen evangelischen Kirchen des Herzogthums Gotha die Gemeinden auf die am 31. d. M. bevorstehende Feier der Einweihung der restaurirten Schloßkirche in Wittenberg hingewiesen und am 31. d. M. in der Weihestunde von 12 bis 1 Uhr in sämmtlichen evangelischen Kirchen und den Glocken geläutet werden. Gleichzeitig giebt dieselbe Behörde bekannt, daß in diesem Jahre die Feier des Reformationsfestes am 30. d. M. und die Erntedankfestfeier am 6. November d. J. ausnahmsweise begangen wird.

Bürgermeister Mönckeberg wird als Vertreter Hamburgs an der Einweihung der Schloßkirche in Wittenberg theilnehmen.

Zur Einweihung der Wittenberger Schloßkirche haben u. a. auch Dembner, Geheimer Kirchenrath, Professor D. Fricke als Präsident des Gustav-Adolf-Vereins und Professor D. Nietschel in Leipzig als früherer Direktor des Wittenberger Prediger-Seminars Einladungen erhalten.

Deutschland.

* **Berlin**, 29. Oktober. Die vor kurzem in der russischen Presse im Schwunge gewesenen Versuche, an einen Umschwung der österreichisch-ungarischen Politik gegenüber Rußland glauben zu machen, haben nicht lange vorgehalten. Denn bereits haben sie in einigen Blättern einem Rückschritte in der Hetze gegen Oesterreich-Ungarn Platz gemacht. Es ist wirklich erstaunlich, daß sie welchen wahrnehmigen Neuherungen sich manche russische Blätter hinreißen lassen. Es sind kaum einige Wochen verstrichen, seitdem russische Blätter selbst in dem Augenblicke, wo sich Kaiser Wilhelm zum Besuche in Wien befand, von einer Erkaltung der österreichisch-deutschen Beziehungen zu erzählen wußten. Nun debutirt der „Swiet" mit einem Artikel, der ausführt, daß Oesterreich-Ungarn nach der Herrschaft über den gesammten Balkan strebe und daß diese Herrschaft von dem Kaiser Wilhelm begünstigt werde, zwischen dem und dem Kaiser Franz Joseph ein geheimer Vertrag bestehe, der sich auf die Abtretung österreichischer Provinzen gegen Erwerbungen Oesterreich-Ungarns auf der Balkan-Halbinsel beziehe. Man ist, wenn man dieses liest, wirklich versucht zu glauben, daß man es mit Phantasieen fieberkranker Publizisten zu thun habe.

* **Berlin**, 29. Oktober. Dem „Berl. Tageblt." wird aus dem Wahlkreise Answalde-Friedeberg geschrieben:

„Sowohl die Konservativen, als auch die Freisinnigen agitiren auf der ganzen Linie. Der Konservative scheint jedoch ergo nur schwach besuchte Versammlungen — sowohl in Grafenau, wie in Friedeberg waren in Wirklichkeit weniger wie zwanzig Personen anwesend, in Gassen gar nur etwa 20 Personen — während der antisemitische Abgeordnete Werner „in vollen Hosen" gehalten hat. Fast sämmtliche Wähler, die früher konservativ gewählt haben, werden als ja wie man weiß unbeliebt, den Antisemiten zu, welche auch über hinreichende Mittel zur Agitation zu verfügen scheinen. Die Erfahrungen, welche die Konservativen hier mit ihrer Zudenhetze machen, sollten ihnen doch endlich eröffnen, daß sie werden durch die Antisemiten entschieden überflügelt Mittelpunkt wird uns noch, daß sogar einige Genossen erklärt haben sollen, für Ahlwardt zu stimmen."

Wenn die wirkliche Lage in Answalde-Friedeberg der vorstehenden Schilderung entspricht — und die Zuschrift, die uns darüber zugehen, bestätigen dieselbe, so ist es gut, daß das „Berl. Tageblt." Nichts falsche Gutachtenen Illusionen über das Terrain endlich zu denken gelegen. Thatsächlich ist das auch bereits der Fall, wie aus einem von im dortigen Wahlkreise sehr mahnendender Seite uns zugehenden Schreiben hervorgeht, in dem es heißt: „Man macht hier der konservativen Partei in den Parlamenten vielfach den Vorwurf, daß sie nicht stramm genug stehe und alles mit Glacehandschuhen anfasse. — Es ist Recht oder Unrecht will ich nicht entscheiden, aber das wird mir immer klarer, daß die konservative Partei, um jetzt noch verbrauchenen Einfluß und die Aufsehen in der ländlichen Bevölkerung verloren muß und wird, wenn sie nicht bald der Zudenfrage endlich näher tritt, und wer ohne Glacehandschuhe dabei anpackt. Trägt man von konservativer Seite dieser im Volke sich verbreitenden Phrasen nicht bald Rechnung und leitet sie in konservative christliche Bahnen, so wird sie über kurz oder lang, wahrscheinlich unerwartetlichen Wege gehen." — Genau der von uns seit Jahren vertretene Standpunkt.

* **Berlin**, 29. Oktober. Ein interessantes Licht auf die „Freisinnigen" des Freisinns wirft ein Vorgang in Berlin. Dort will die Stadt einen Stadtschulrath unter der Bedingung anstellen, daß ihm seitens der Regierung das gesetzmäßige Gehalt für den Stadtrath des Berlin übernommen wird. Bezüglich dieser Bedingung hat sich indessen die Regierung bisher ablehnend verhalten. Dem darauf alle maßgebenden Kreisen „Berlin" gewählten Kandidaten, und trotzdem sich von seiten der Regierung bereits ein Kreisschulinspektor für den Stadtrat des Berlin übernommen hat, hat sich indessen die Regierung bisher ablehnend verhalten. Dem darauf alle maßgebenden Kreisen „Berlin" gewählten Kandidaten, und trotzdem sich von seiten der Regierung bereits ein Kreisschulinspektor für den Stadtrat des Berlin übernommen hat, hat sich indessen die Regierung bisher ablehnend verhalten. Um nun die „Stimme des Volkes" dieser „unerhörten" Thatsache gegenüber zum Ausdruck zu bringen, war kürzlich vom Berliner Freisinn eine „öffentliche Versammlung" einberufen worden, die von etwa 100 Personen besucht war. Von etwa 100 interessirten Vätern waren anwesend — 15 an Zahl. Man hat nun eine Petition an den Abgeordnetenhaus beschlossen und mehrere Berliner Abgeordnete haben erklärt, dahin wirken zu wollen, daß dieser Petition Folge und zur Berathung kommt. Und das ist nur wunderbarerweise; denn damit wird Gelegenheit gegeben werden, wieder einmal die Selbstthat des Freisinns zu bekunden. In diesem Petitum wird u. a. gebeten gemacht, daß die Haltung der Regierung, sich nicht ohne weiteres dazu zu bringen, dem einen zu bestellenden Stadtschulrath die städtische Schulaufsicht zu übertragen, „ein Verstoß gegen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bedeute und die Selbstverwaltung der Stadt Berlin städtische Schulangelegenheiten in ihren Befugnissen beeinträchtigen werde." Dieser Satz kennzeichnet zur Genüge die ganze „Bewegung" und die aus derselben entstandene Eingabe. Also wenn der Staat sein Recht wahrt, dann heißt das dem Freisinn „ein Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen." Daß dem gegenwärtig im Reichstage als Kreis-Schulinspektor fungirenden evangelischen Geistlichen nach Meinung der Berliner Freisinnigen „jede pädagogische Befähigung fehle", kann nicht wunder nehmen, da bei dem Freisinn sich die „Qualifikationen" bekanntlich nach dem Grade demokratischer Gesinnung richtet. Uebrigens mögen hier noch die Aeußerungen zitirt werden, die sich Kaufmann Bernhard Forster in jener Versammlung leistete; er warf nach einem Berichte der „Berl. Nachr." den Geistlichen betreuende Unwissenheit vor und fährte mit den Worten: „Man, wer einem Theologen kann man nicht mehr verlangen. Die Theologie erfordern keine kritisches Nachdenken." Es erübrigt sich, diesen Ausführungen etwas hinzuzufügen. Soviel für heute. Bemerkt sei noch, daß der Sammlung gegen die Regierung bezeichnenderweise von dem freisinnigen Abgeordneten Lüders inszenirt wird. Wir behalten uns vor, auf diese Angelegenheit noch näher zurückzukommen.

* **Berlin**, 29. Oktober. Auf Verlangen des Abg. Singer und seiner engeren Gefolgschaft hat sich der sozialdemokratische Parteivorstand veranlaßt, dem bevorstehenden Parteitage auch einen besonderen Bericht über den Antisemitismus und die Sozialdemokratie zu unterbreiten. Wie es scheint, merkt man in Arbeiterkreisen die Absicht und ist ein wenig verstimmt geworden. In einigen sozialdemokratischen Vorbereitungen wurde dieses Thema für ganz überflüssig erklärt. Vor der Sozialdemokratie seien alle bürgerlichen Parteien gleich, alle eine reaktionäre Masse, man solle daher nicht gegen eine dieser Parteien besonders ankämpfen. Immerhin wird Herr Singer seinen Willen durchsetzen und den Parteitag zu einem besonderen Vorstoß gegen den Antisemitismus nöthigen. Für die Abhängigkeit der Sozialdemokratie vom Judenthum kann es keinen triftigeren Beweis geben.

— Die „Berl. Pol. Nachr." schreiben: Die in der Tagesdrefte hervorgetretene Auffassung, als ob durch Auflösung von Reserve-bataillonen das bisherige Prinzip der Reserveausbildung innerhalb des Kompanierahmens verlassen würde, insofern diese wichtige Aufgabe hinfort den Reservebataillonen zugedacht sei, wird von von bestunterrichteter Seite als eine vollständig falsche bezeichnet. In Wahrheit verbleibt auch nach Durchführung der eingangs erwähnten Maßregel die Rekrutenausbildung nach wie vor der Kompagnie, während den Reservebataillonen die Ausbildung des Nachersatzes übertragen werden soll. Das weiteren sollen diesen letzteren auch die Abkommandirten (Wunschen, Ordonnanzen u. s. w.) zugewiesen werden, deren Verbleib in der Kompagnie den Gang der Ausbildung nur störend beeinflussen würde.

— In der vor kurzem abgelaufenen Preisbewerbung um ein Reiterhandbild Kaiser Wilhelms I, welches die Rheinprovinz am Dölldorf Eck in Koblenz errichten will, haben den ersten Preis der Bildhauer C. Hunrieser und der Architekt Bruno Schmitz in Berlin davongetragen. Den zweiten Preis erhielten Bildhauer Professor F. Schaper mit Architekt O. Hecht in Berlin, den dritten Bildhauer Professor P. Otto in Berlin. Zum Ankauf empfohlen wurde der Entwurf des Bildhauers Hadding und des Architekten Hahnhuber, ebenfalls in Berlin. Einsendungen waren 25 Entwürfe. Die Entscheidung über die Ausführung wird mit dem Zusammentritt des Provinziallandtages, also voraussichtlich Ende nächsten Monats erfolgen.

— Die Entscheidung des Preisgerichts in der Wettbewerbung um das Empfangsgebäude des Pressen-Hauptbahnhofes Dresden-Altstadt ist, wie das „Zentr. der Bauverw." meldet, am 21. d. M. erfolgt. Danach ist in Ermangelung eines Entwurfes von solcher Bedeutung, daß ihm ausschließlich der erste Preis (10 000 M.) zuerkannt werden könnte, die Summe des ersten und zweiten Preises (15 000 M.) zu gleichen Theilen den Architekten Bauräthen Giese und Weidner in Dresden und den Architekten Baurath Arnold Hepbach in Leipzig zugesprochen werden. Von den ausgesetzten fünf dritten Preisen zu je 1000 M. sind nur drei zur Vertheilung gelangt, und zwar an die Architekten Reckelmann in Stuttgart, Prof. Frenzen in Aachen und Grover und Wolffenstein in Berlin, während für die Zuteilung der noch übrigen zwei Preise geeignete Entwürfe nach Ansicht der Preisrichter nicht vorgelegen haben. Dagegen sind für die verbleibende Summe von 2000 M. die Entwürfe „Kerbholzen" und „Verkehr" (nicht „Dem Verkehr") zum Ankauf empfohlen worden.

— Die Sozialdemokratie beginnt sich, wie die Unruhe des Wetters ihrer Wahrscheinlichkeit nach, die Tiefe hinbreitet in den Herbst tritt, eine Massenagitation durch Flugblätter. Zwar sind diese stets nach einer feststehenden Schablone verfasst; immerhin aber ist es empfehlen, diesen sozialdemokratischen Machwerken an allen Orten, wo sie hinkommen, verteilt werden, ungeschmälert entgegenzutreten. Auch in der Provinz Sachsen und im Herzogthum Anhalt ist jetzt auf der „Fall Zitz" zu erkennen, wenigstens die Verbreitung von Stadt und Land mit sozialdemokratischen Flugblättern überschwemmt werden; eine „Einladung zum Tanze" berichtet in dem erwähnten Blatte darüber u. a. was folgt: Auf der ersten Seite wird — man kann — der Beweis anzutreten, die Gholera sei eine Folge der jetzigen „Gesellschafts-Einrichtung", ganz besonders aber trägen die „Junungsweiber" die Schuld an dieser Seuche und nach daraus, daß es mit der Sozialdemokratie nicht vorwärts gehe. Der Junungsweiber ist die Gholera, es ist die Gholera — es ist wirklich zum Lachen! Das andere offene Bekenntniß, daß die Junungsweiber die erfolgreichsten Gegner der Sozialdemokratie sind, sollte den Feinden der Junungen zu denken geben und selbst genügen, um unsere höchsten Staatsbehörden zu nöthigen, endlich die Gewerbeschulgesetze der Junungsbewegung abzuhalten. — Außer den Junungsweibern werden die „Krämer", also unsere Kaufleute, durchweg als „Verbrecher" bezeichnet. Sodann sind es weiter die „Großfabrikanten", die „durch die Gholera an das Verbrechen gewöhnt sind", die „Gutsherren", die „Kirchen